



Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. August 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Küng Peter (SP)
Stadtpräsident Lukas Ott

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 30.05.2012, 20.06.2012, 27.06.2012 ://: Die Protokolle werden genehmigt.	-
2. Wahl von 4 Mitgliedern des Kindergarten- und Primarschulrates sowie Kreisschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 ://: Die vorgeschlagenen Kandidaten werden gewählt: Martin Beat (SP), Meyer Denise (SVP), Steinger Pia (CVP/EVP/GLP), Zaugg Thomas (FDP).	2012/4
3. Wahl von 2 Mitgliedern des Sekundarschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 ://: Die vorgeschlagenen Kandidaten werden gewählt: Gisin Annika (GL), Sturzenegger Daniel (FDP).	2012/4
4. Wahl von 2 Mitgliedern des Musikschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 ://: Die vorgeschlagenen Kandidaten werden gewählt: Rieger Urban (SP), Hitzler Jochen (CVP/EVP/GLP).	2012/4
5. Wahl von 25 Mitgliedern des Wahlbüros für die Amtsperiode vom 01.07.2012 – 30.06.2016 ://: Die vorgeschlagenen 25 Kandidaten werden gewählt.	2012/5
6. Wahl von 6 Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für die Amtsperiode vom 01.01.2013 – 31.12.2016 ://: Die vorgeschlagenen Kandidaten werden gewählt: Ambühl Georg (SVP), Bohny Schuler Marie-Louise (GL), Eisenring Felix (SP), Schmied Elsbeth (SP), Spinnler Werner (FDP), Wunderlin-Friedli Verena (CVP/EVP/GLP).	2012/6
7. Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung – Bericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion ://: Vom Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen ://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen wird der stadträtliche Antrag für die Abschreibung des Postulates abgelehnt.	2007/162a- 2007/162d

- | | | |
|-----|---|------------------------------------|
| 8. | Asylwesen, Auslagerung – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Interpellation von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Vom GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/191b wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.</i> | 2011/191
2011/191a
2011/191b |
| 9. | Quartierförderung – Erhebung der Bedürfnisse; Bericht des Stadtrats zum Postulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion
<i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat mit grossem Mehr als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2011/192
2011/192a |
| 10. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 13 Fragen beantwortet.</i> | - |
| 11. | Schulraumplanung der Stadt Liestal, Bericht Spezialkommission
<i>://: Vom Kommissionsbericht nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.
 ://: Mit 18 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen wird der Antrag des Büros für die Auflösung der Spezialkommission Schulraumplanung abgelehnt.</i> | 2012/ 210
2012/210a |
| 12. | Sanierung Schulanlage Frenke/Primar – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Planungskredit von CHF 430'000.-
<i>://: Den beiden Zusatzanträgen der Grünen Fraktion betreffend Verwendung von Flächen zur Energiegewinnung und Sanierung nach optimalem Minergie P-Standard wird mit grossem Mehr zugestimmt.
 ://: Einstimmig genehmigt der Rat den Planungskredit für das Vorprojekt und das Bauprojekt in der Höhe von CHF 430'000.-.</i> | 2012/225
2012/225a |
| 13. | Verbund eines gemeinsamen Regionalen Führungsstab (RFS) und Zivilschutzes (ZS) „Ergolz“
<i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die GOR zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2012/8 |
| 14. | Bericht Stadtrat zur Interpellation „Verschnaufspause bei den Tiefbauarbeiten im Zentrum“ von Michael Bischof (FDP-Fraktion), Beat Gränicher (SVP-Fraktion), Hanspeter Meyer (SVP-Fraktion) und Martin Spiess (FDP-Fraktion)
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/227 |
| 15. | Abfallreglement – Änderung betreffend Grüngut
<i>://: Die stadträtliche Vorlage wird mit grossem Mehr an die GOR zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2012/3 |
| - | Stadtrat-Mandatsentschädigung: Festlegung / Entschädigungsreglement: Genehmigung von formellen Revision
<i>Das Geschäft wird von der Traktandenliste abgesetzt.</i> | 2012/7 |

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur ersten Einwohnerratssitzung im neuen Amtsjahr 2012/2013. Da am heutigen Abend nebst dem Stadtlauf Liestal noch andere sportliche Veranstaltungen stattfinden, wird er die Ratssitzung um ca. 20.00 Uhr schliessen.

Er erwartet, dass alle Ratsmitglieder während der ganzen Sitzungsdauer präsent sind und dem Ratspräsidium gegebenenfalls ein späteres Erscheinen und/oder früheres Weggehen frühzeitig melden.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 23. August 2012:

- Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates soll im laufenden Amtsjahr teilrevidiert werden. Das weitere Vorgehen bzw. der Terminplan wird vom Büro an der nächsten Sitzung noch beschlossen.
- Den Ratsmitgliedern wird die Ausstandspflicht gemäss § 8 ER-Geschäftsreglement in Erinnerung gerufen. Analog der kantonalen Regelung haben bei den heutigen Wahlgeschäften diejenigen Ratsmitglieder in den Ausstand zu treten, welche selbst zur Wahl vorgeschlagen werden.
- Die Vorlage Quartierplanung Weierweg (Nr. 2012/224) ist vom Rat an der Sitzung vom 20.06.2012 an die BPK zur Vorberatung überwiesen worden. Gemäss Mitteilung des Stadtrates vom 22.08.2012 wird die Vorlage vom Stadtrat zurückgezogen.
- Die Terminpläne 2013 des Einwohnerrates sind dem Rat mit E-Mail vom 24.08.2012 bereits zur Kenntnis gebracht und heute als Tischpapiere verteilt worden.
- Mit sofortiger Wirkung beginnen die Büro-Sitzungen jeweils um 18.00 Uhr und nicht schon um 17.45 Uhr. Der ER-Terminplan 2012 wird wegen der geringfügigen Anpassung nicht mehr rektifiziert.
- Ton-Protokollaufnahmen: Die Büromitglieder werden in den Fraktionen die Meinungen der Ratsmitglieder betreffend einer eventuellen Einführung von Ton-Protokollaufnahmen einholen. Die Büromitglieder werden gebeten, genau zu ermitteln, wie viele Ratsmitglieder sich für die Beibehaltung der jetzigen Wort- und Verhandlungsprotokollführung oder sich aber für die Einführung von Audio-Protokollen aussprechen.
- Das Büro wird dem Rat beantragen, die bisherigen Entschädigungsansätze für die Rats- und Kommissionssitzungen der Amtsperiode 2012 – 2016 beizubehalten. Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vom 26.09.2012 traktandiert.

Die BPK-Mitglieder werden gebeten, sich zu Beginn der heutigen Sitzungspause bei Kommissionspräsident Diego Stoll (SP) einzufinden, damit die nächste BPK-Sitzung terminiert werden kann.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- Schüler-/Elterninformation abc vom August 2012
- ER-Vorlagen Nr. 2012/4 – Nr. 2012/6 (Nachversand)
- ER-Vorlage Nr. 2012/225a, Rektifikation
- Vorlagen Nr. 2012/9 – Nr. 2012/12 (neue Vorstösse)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|---------------------|--|
| - Franke Meret (GL) | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Güngör Canan (SP) | B: Mitte |
| - Heinz Lerf (FDP) | C: Seite SP, Grüne |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat betreffend überdimensionierte Parkplatz-Anlagen rund um die Kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2012/9)
- Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB (Nr. 2012/10)
- Postulat betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion (Nr. 2012/11)
- Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Neubau Mobilfunkkommunikationsanlage im Dachraum Kaserne (Nr. 2012/12)

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

- ***Sanierung Schulanlage Frenke/Primar – BPK-Antrag (Nr. 2012/225a)***

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt auf Wunsch des Stadtrates und namens des Büros den Antrag, dass das Traktandum Nr. 11 vorgezogen bzw. die BPK-Vorlage Nr. 2012/225a erst nach der Pause und der „Fragestunde“ behandelt wird.

Er kann feststellen, dass zum Antrag keine Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros wird zugestimmt und das Geschäft „Sanierung Schulanlage Frenke/Primar“ (Nr. 2012/225) im Anschluss an die Pause bzw. nach der „Fragestunde“ behandelt.

- ***Stadtrat-Mandatsentschädigung (Nr. 2012/7)***

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt namens der Mittefraktion den Antrag, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2012/7 bezüglich der Mandatsentschädigungen von der heutigen Traktandenliste abgesetzt und das Geschäft auf die nächste Ratssitzung nochmals traktandiert wird. In der Synopse ist bei § 4 festgehalten, dass bezüglich den Sitzungsgeldentschädigungen des Einwohnerrates und des Stadtrates eine Abhängigkeit vorhanden ist. Vom Ratspräsidenten ist vorgängig darüber informiert worden, dass die Vorlage bezüglich den Einwohnerentschädigungen für die neue Legislaturperiode erst auf die nächste Ratssitzung vorgelegt wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

Mit dem Stillschweigen akzeptiert der Rat demnach den Vorschlag und Antrag bezüglich der Vertagung des Traktandums Nr. 14 bzw. der Vorlage Nr. 2012/7 „Stadtrat-Mandatsentschädigung“.

Eine Abstimmung ist nicht nötig, da ihm als Ratspräsident gemäss Reglement das Recht zusteht, bei unbestrittenen Geschäften nicht über Anträge abstimmen zu müssen. Nach der Formulierung des Antrages sind vom Rat keine Wortbegehren angemeldet oder Einwände gemacht worden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. August 2012 mit den beschlossenen Änderungen beschlossen.

9 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 30.05.2012, 20.06.2012 und 27.06.2012

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass wegen Ferienabwesenheit des Ratsschreibers und Unterbruch des Ratsbetriebes während den Sommerferien die Genehmigung der Protokolle erst auf die heutige Sitzung traktandiert werden konnte. Zu den Protokollen sind keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen.

://: Da keine Wortmeldungen angemeldet werden und auch keine Abstimmung gewünscht wird, gelten die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 30.05.2012, 20.06.2012 und 27.06.2012 als genehmigt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) ruft in Erinnerung, dass Änderungsanträge gemäss § 80 des ER-Geschäftsreglementes schriftlich zu Händen der Bürositzung einzubringen sind. Die Anträge sind beim Ratspräsidenten und Ratsschreiber zu deponieren.

10 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahl von 4 Mitgliedern des Kindergarten- und Primarschulrates sowie Kreisschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 (Nr. 2012/4)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verliest die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Personen gemäss Vorlage Nr. 2012/4, welche den Ratsmitgliedern mit Mail vom 24.08.2012 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Ratsmitglied Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) tritt bei der Behandlung der Vorlage Nr. 2012/4 in den Ausstand.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

Aus der Ratsmitte werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Mitglieder des Kindergarten- und Primarschulrates inkl. Kreisschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 gewählt:

- Martin-Rosbach Beat, Obererer Burghaldenweg 41 (bisher, SP)
- Meyer Denise, Munzachstrasse 8 (bisher, SVP)
- Steinger Pia, Wetterchrüzstrasse 14 (bisher, CVP/EVP/GLP)
- Zaugg Thomas, Mattenstrasse 17 (bisher, FDP)

11 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wahl von 2 Mitgliedern des Sekundarschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 (Nr. 2012/4)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verliest die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Personen gemäss Vorlage Nr. 2012/4, welche den Ratsmitgliedern mit Mail vom 24.08.2012 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

Ebenfalls kann er feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Mitglieder des Sekundarschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 gewählt:

- Gisin-Walter Annika, Zeughausplatz 32 (bisher, GL)
- Sturzenegger Daniel, Bodenackerstrasse 12 (bisher, FDP)

12 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Wahl von 2 Mitgliedern des Musikschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 (Nr. 2012/4)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verweist auf die beiden E-Mails des Ratschreibers vom 24.08.2012 sowie 27.08.2012 und verliest die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Personen gemäss Vorlage Nr. 2012/4. Die erwähnte Vorlage ist den Ratsmitgliedern an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.

Markus Meyer (SVP) möchte wissen, ob nun 1 Mitglied gemäss Klammerbemerkung in der Vorlage Nr. 2012/4 oder 2 Mitglieder gemäss namentlichen Aufzählung zu wählen ist/sind.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Mail des Ratschreibers vom 27. August 2012 und hält fest, dass vom Rat zwei Mitglieder in den Musikschulrat zu wählen sind.

Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Mitglieder des Musikschulrates für die Amtsperiode vom 01.08.2012 – 31.07.2016 gewählt:

- Rieger Urban, Allmendstrasse 3 (bisher, SP)
- Hitzler Jochen, Weidweg 39b (neu, CVP/EVP/GLP)

13 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Wahl von 25 Mitgliedern des Wahlbüros für die Amtsperiode vom 01.07.2012 – 30.06.2016 (Nr. 2012/5)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Personen für das Wahlbüro auf der Rückseite der Vorlage Nr. 2012/5 aufgelistet sind. Die Vorlage ist den Ratsmitgliedern mit Mail vom 24.08.2012 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

Bei der Behandlung der Vorlage Nr. 2012/5 tritt Ratsmitglied Stoll Diego (SP) in den Ausstand.

Meyer Hanspeter (SVP) erklärt, die vorgeschlagenen Kandidaten sind in der SVP-Fraktion unbestritten. Das Nominationsverfahren im Vorfeld hatte doch sehr viel böses Blut gegeben, weil leider die parteilosen Wahlbüromitglieder quasi zwischen Tischen und Bänken durchgefallen sind. Der Versuch, auch parteilose Kandidaten auf die Nominationslisten der Fraktionen zu setzen, ist leider gescheitert. Die bisherigen parteilosen Wahlbüromitglieder sind im Frühling vom damaligen Wahlbüropräsidenten bezüglich einer Wiederwahl angefragt worden, bekommen aber mit der heutigen Wahl bzw. Nichtwahl den blauen Brief. Bei der Reduktion des Wahlbüros von 35 Mitgliedern auf 25 Mitglieder ist man bei der letzten Gemeindeordnungsrevision von falschen Voraussetzungen ausgegangen, da 25 Wahlbüromitglieder in der Regel nicht ausreichen. So mussten wegen Ferienabwesenheiten usw. schon in der Vergangenheit fremde Leute ins Wahlbüro aufgeboten werden, was unschön ist. Er möchte deshalb das Stadtpräsidium eindringlich dazu aufrufen, bei Bedarf an zusätzlichem Wahlbüropersonal zuallererst diejenigen Personen anzubieten, welche in der letzten Amtsperiode noch im Wahlbüro tätig waren, als Parteilose aber für die neue Amtsperiode nicht mehr vorgeschlagen bzw. gewählt werden konnten. Seine Fraktion behält sich vor, mit einer Motion die Aufstockung des Wahlbüros ab der nächsten Amtsperiode 2016-2020 bzw. die Gemeindeordnungsrevision zu verlangen, sollte sich zeigen, dass die Zahl der 25 ordentlichen Wahlbüromitglieder nicht ausreichen sollte.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Mitglieder Wahlbüros für die Amtsperiode vom 01.07.2012 – 30.06.2016 gewählt:

- | | | |
|--|--------|-------------|
| • Andreis-Niederhauser Regine, Fraumattstr. 40 | bisher | FDP |
| • Baumeister Andreas, Tiergartenstrasse 24 | bisher | Grüne |
| • Baumgartner Verena, Seltisbergerstrasse 45 | bisher | Grüne |
| • Beeler Hanna, Tiergartenstrasse 24 | neu | Grüne |
| • Bürgin Doris, Fraumattstrasse 37 | bisher | CVP/EVP/GLP |
| • Donatz Beatrice, Standweg 8 | bisher | CVP/EVP/GLP |
| • Fraefel Paul, Frenkenstrasse 28 | bisher | CVP/EVP/GLP |
| • Fraefel Stefan, Frenkenstrasse 28 | bisher | CVP |
| • Kulasingam Vignarajah, Oskar Bider-Str. 27 | bisher | SP |
| • Huber Sonja, Unter der Sonnhalde 2 | bisher | SVP |
| • Leimgruber Katharina, Frobürgstrasse 17 | neu | SP |
| • Mayer Michel, Grünhagweg 5b | neu | FDP |
| • Meyer Maya, Goldbrunnenstrasse 43 | bisher | SVP |

• Ott Anna, Baumgartenstrasse 1	neu	Grüne
• Pichler Hansueli, Erzenbergstrasse 13	bisher	FDP
• Schafroth Gregor, Widmannstrasse 13	neu	CVP/EVP/GLP
• Schmid Emma, Oristalstrasse 22a	bisher	SVP
• Stoll Diego, Bergstrasse 17	bisher	SP
• Studer-Thür Liliane, Dachsweg 14	bisher	FDP
• Trüssel Küng Beatrix, Fischmarkt 17	bisher	SP
• Tschudin Caroline, Fliederweg 7	bisher	Grüne
• Uzungelis Berivan, Fraumattstrasse 51	neu	SP
• Vogt Annette, Seltisbergerstrasse 49	neu	FDP
• Weber Elisabeth, Spitzackerstrasse 2a	bisher	SVP
• Weber Erwin, Spitzackerstrasse 2a	bisher	SVP

14 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Wahl der 6 Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für die Amtsperiode vom 01.01.2013 – 31.12.2016 (Nr. 2012/6)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verliest die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Personen gemäss Vorlage Nr. 2012/6, welche den Ratsmitgliedern mit Mail vom 24.08.2012 zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Das Ratsmitglied Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) tritt als vorgeschlagene Kandidatin in den Ausstand.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

Zudem kann er feststellen, dass keine Wortbegehren zum Geschäft aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Sozialhilfebehörde-Mitglieder der Amtsperiode vom 01.01.2013 – 31.12.2016 gewählt:

- | | | |
|--|--------|-------------|
| • Ambühl Georg, Spitzackerstr. 22 | bisher | SVP |
| • Bohny Schuler Marie-Louise, Holderstöckliweg 5 | bisher | GL |
| • Eisenring Felix, Munzachstr. 11 | bisher | SP |
| • Schmied Elsbeth, Ostenbergstr. 16 | bisher | SP |
| • Spinnler Werner, Zirkelirain 19a | bisher | FDP |
| • Wunderlin-Friedli Verena, Sigmundstr. 5 | neu | CVP/EVP/GLP |

15 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung – Bericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion (Nr. 2007/162 – Nr. 2007/162d)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt als Postulant zum Bericht und den Anträgen des Stadtrates Stellung. Er möchte es so kurz machen, wie es der stadträtliche Bericht auch ist. Zufrieden ist er mit der erfolgten Prüfung des elektronischen Zugangs zur Verwaltung. Hingegen ist der Auftrag bezüglich den Schalteröffnungszeiten der Stadtverwaltung noch nicht erfüllt bzw. es sollte diesbezüglich noch der Bericht der Arbeitsgruppe abgewartet werden. Und bis zu diesem Zeitpunkt könnte der Stadtrat auch über die Umsetzung des elektronischen Zugangs zur Verwaltung berichten. Er schlägt deshalb vor, dass vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/162d Kenntnis genommen, jedoch das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Regula Nebiker (SP) unterstützt das Votum des Postulanten. Das Postulat ist älteren Datums und es ist erfreulich, dass die Homepage der Stadt nun auch bürgerfreundlicher werden soll. Die Bürgerfreundlichkeit muss abgesehen von der neuen Homepage aber auch sonst gelebt werden. So gibt es beispielsweise in Basel einen Stadtladen, an welchen man sich bei Fragen wenden kann. Die Öffnungszeiten von 09.30 – 17.30 Uhr entsprechen beinahe denjenigen des Staatsarchives Basel-Landschaft. Damit kann man dort Besorgungen und Besuche ebenfalls über den Mittag einrichten. Auch die SP-Fraktion wird die Abschreibung des Postulates ablehnen.

Erika Eichenberger (GL) berichtet, ihre Fraktion spreche sich für eine Abschreibung des Postulates aus. Die Öffnungszeiten sollten publikumsfreundlich sein und so sollte die Schalteröffnung über den Mittag einfach drin liegen, wie es schon von ihrer Vorrednerin gesagt wurde. Eine diesbezügliche Evaluation der Verwaltung und entsprechende Anpassung der Öffnungszeiten wird befürwortet.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch ihre Fraktion lehnt den Antrag für eine Postulatsabschreibung ab. Die telefonische Vereinbarung von Terminen ausserhalb der Öffnungszeiten funktioniert in der Praxis anscheinend nicht immer. Von einer berufstätigen Mutter ist sie darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass die Ausfertigung von Identitätskarten für deren Kinder auch unter Berücksichtigung der Schulzeiten sehr schwierig war. Auf der Homepage ist aktuell auch der Link „Integration“ gesperrt bzw. es kommt die Meldung, dass der Server nicht gefunden werden kann.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, seine Fraktion befürwortet die Abschreibung des Postulates trotz gewissen Vorbehalten. Es macht keinen Sinn, jahrelang Vorstösse zu horten, und zu warten, bis dass der Stadtrat dem Rat wieder einmal einen Bericht unterbreitet. Mit einer Abschreibung des Postulates besteht die Möglichkeit, einen neuen Vorstoss mit konkreten Forderungen einzureichen.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass das Wesentlichste wohl gesagt wurde. Ziel des Stadtrates ist es, dass die Homepage der Stadt überarbeitet wird und gemäss Bericht und Abklärungen der Arbeitsgruppe gegebenenfalls auch die Schalteröffnungszeiten anfangs 2013 angepasst werden. Gute Ideen wie beispielsweise die Portallösung sind ein Bedürfnis und werden auch im Jahresprogramm thematisiert. Für die verschiedenen Inputs der Ratsmitglieder bedankt sich der Stadtrat.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Vom stadrätlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/162d nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.

://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen wird der stadträtliche Antrag für eine Abschreibung des Postulates abgelehnt.

16 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Asylwesen, Auslagerung – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Interpellation von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/191 - Nr. 2011/191b)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt den GPK-Kommissionsbericht vor: Der Weg betreffend der Auslagerung des Asylwesens an die Firma ABS AG ist nicht optimal verlaufen. Dieses Geschäft ist vom Stadtrat und auch der Sozialhilfebehörde ungenügend vorbereitet worden, was dann leider zu diversen unschönen Situationen geführt hatte. Die Auslagerung des Asylwesens an die Firma ABS AG darf als richtige Entscheidung gewertet werden. Dieses Geschäft wird heute professionell bearbeitet und es sind auch schon positive Zahlen bekannt, die die Richtigkeit der Auslagerung bestätigen. Der stadträtliche Entscheid, die Asylbewerber der Kategorie B weiterhin durch eine Mitarbeiterin der Stadt betreuen zu lassen, ist ein relativ teurer Entscheid. Dieser Kostenfaktor sollte bei einer späteren Übernahme der Betreuung durch die Firma ABS AG ebenfalls massiv gesenkt werden können. Die FIKO wird dazu eingeladen, bei Vorliegen der Jahresrechnung 2012 diese Zahlen genau anzuschauen. Gemäss Auskunft der beauftragten Firma darf die Stadt schon im laufenden Jahr mit einem schönen Reingewinn rechnen. Er dankt allen Beteiligten dafür, die einen Beitrag zum schlussendlich doch noch gut gelungenen Geschäft beigetragen haben. Abschliessend möchte er sich noch für die Unterstützung bedanken, die er als GPK-Präsident erfahren durfte.

Meret Kaufmann (GL) meint, es sei dahingestellt, ob die Auslagerung des Asylwesens gut oder schlecht sei. Ob sich die Auslagerung finanziell lohnt, wird erst bei Vorliegen der Rechnung 2012 ersichtlich. Die Gründe, weshalb es im Zusammenhang mit der Asylwesen-Auslagerung zu Unstimmigkeiten zwischen dem Stadtrat und der Sozialhilfebehörde gekommen war, konnte auch von der GPK nicht geklärt werden. Bei diesem Geschäft war die Kommunikation zwischen den beiden Behörden schlecht und die Verwaltung ist zu wenig einbezogen worden. Schlussendlich hatte die fehlende Führung zu diesem Schlamassel geführt. Ihre Fraktion wünscht sich in Zukunft eine vermehrte Transparenz bei der Behandlung solch heikler Geschäfte.

Walter Leimgruber (SP) informiert, auch seine Fraktion habe den GPK-Bericht zur Kenntnis genommen. Er kann die Aussagen der Vorredner unterstützen und bekräftigen, dass der Prozess nicht optimal gelaufen ist. Man hofft, dass man daraus die Lehren für die Zukunft zieht, aber nun unter den Prozess Asylwesen-Auslagerung einen Schlussstrich zieht. Seine Fraktion wird bezüglich der Auslagerung von Aufgaben sowie Dienstleistungen noch einen Vorstoss einreichen.

Pascal Porchet (FDP) ist froh darüber, dass der GPK-Bericht erst nach den Sommerferien im Rat diskutiert wird, haben sich die Wogen doch zwischenzeitlich etwas geglättet. Das Geschäft ist von der GPK rückblickend geprüft worden, und nun gilt es, die Lehren daraus zu ziehen. Es ist wichtig, dass man aus dem GPK-Bericht auch die Schlüsse zieht. Wenn beispielsweise ein externer Vertragspartner mehrere Ansprechpartner der Stadt hat, ist das für alle Beteiligten unglücklich. Offensichtlich ist es auch zu einem Problem geworden, dass sich Mitarbeiter der Stadt während des laufenden Prozesses gegenüber Dritten geäußert hatten, denn diese hätten sich lediglich gegenüber dem Stadtrat äussern sollen. Indiskretionen, welche gar bis zur Presse gelangen, dürfen nicht mehr vorkommen, denn im Prozess betreffend der Auslagerung des Asylwesens ist man haarscharf an einem Rechtsverfahren vorbeige-

kommen. Verhandlungen sind nicht über die Medien, sondern zwischen der Stadt und ihren Vertragspartnern zu führen. Auch wurde viel über Zahlen gestritten, schlussendlich werden nur die effektiv in den Rechnungen ausgewiesenen Zahlen und Beträge die Beweise liefern. Abschliessend möchte er als ehemaliges GPK-Mitglied festhalten, dass es nicht sein kann, dass GPK-Fragen vom Stadtrat als Gremium beantwortet werden, dann aber wieder mit anderslautenden Antworten einzelner Ratsmitglieder in Frage gestellt werden.

Andreas Lirgg (SVP) stimmt den Voten der Vorredner zu und verzichtet auf Wiederholungen. Seine Fraktion wird den GPK-Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass diverse Fehler in den Abläufen und in der Zusammenarbeit passiert sind und erkannt wurden. Man erwarte nun, dass man aus diesen Erkenntnissen auch die entsprechenden Lehren bei der Abwicklung neuer und ähnlicher Geschäfte ziehen wird. Die Arbeiten der Firma ABS sind weiterhin von der Stadt zu begleiten und zu kontrollieren. Auch sollte darüber berichtet werden, welche Ersparnisse mit der Auslagerung des Asylwesens gemacht werden konnten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, dass Frauen mit einem N-Status mit der Auslagerung des Asylwesens an die Firma ABS zwischen Stühlen und Bänken runter fallen. Der Kanton bezahlt keine Deutschkurse, obwohl auch Asylbewerber mit einem N-Status oftmals jahrelang auf eine Entscheidung warten müssen. Als Organisatorin von Deutschkursen konnte sie in der Vergangenheit mit den WAL-Betreibern der Stadt gute Lösungen für alle Beteiligten finden, was beispielsweise die Bezahlung der Deutschkurse betraf. Dies ist nach der Auslagerung leider schwieriger geworden, was sie sehr bedauert.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) teilt mit, sie habe viel mit Migranten zu tun. Heute wird im WAL vor 08.30 Uhr kein Telefon abgenommen und für Asylbewerber mit dem Status N ist die Firma ABS nicht zuständig. Asylbewerber ist von der Firma ABS auch schon eine Wohnung zugesichert worden, doch ist diese Zusicherung dann von dieser wieder zurückgezogen worden, was auch nicht begründet werden konnte. Es ist für sie unverständlich, dass die von der GPK gestellten Fragen Nr. 7 – 11 vom Stadtrat unbeantwortet bleiben, da diese für den Stadtrat nicht nachvollziehbar sein sollen. Die stadträtliche Antwort zur Frage Nr. 19, wie Details an die Öffentlichkeit gelangen konnten, ist unbefriedigend und diesbezüglich ist von der GPK leider auch nicht insistiert worden.

Canan Güngör (SP) findet es persönlich fragwürdig, dass von der Firma ABS 48 Personen im WAL einquartiert werden, waren es früher bei der WAL-Betreuung durch die Stadt nur gerade etwa 20 Personen. Von grosser Relevanz ist auch, dass wegen der Auslagerung der Arbeitsvertrag mit 2 Mitarbeitenden der Stadt nicht verlängert wurde. Es ist leider anzunehmen, dass der Rat den FIKO-Bericht abwarten muss, damit man weiss, wie viel Reingewinn aus der Asylwesen-Auslagerung resultiert. Gegebenenfalls müsste der Vertrag mit der Firma ABS AG auch neu verhandelt werden.

Stadträtin Marion Schafroth kann bereits gemachte Aussagen bestätigen, dass viele Dinge im Zusammenhang mit der Auslagerung des Asylwesens nicht gut verlaufen sind. Das Analysieren von Einzelvorfällen dürfte im Nachhinein kaum mehr möglich sein. Bei Vorliegen der Rechnung 2012 werden sicher alle Involvierten mit Argusaugen überprüfen, ob nun tatsächlich ein Reingewinn resultiert, und wenn ja, wie dieser zustande gekommen ist. Der Entscheidung betreffend der Auslagerung war sicher richtig und dieser kann anhand von einzelnen Vorfällen nicht als grundsätzlich falsch bezeichnet werden, denn schliesslich hatte auch früher nicht alles optimal im Asylwesenbereich funktioniert. Im Zusammenhang mit dem von der SP-Fraktion in Aussicht gestellten Vorstoss kann festgehalten werden, dass die Politik bei Auslagerungsentscheidungen durchaus nicht ausgeschlossen werden kann.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Festzuhalten ist, dass die Fragen der Interpellation Nr. 2011/191 bereits vom Stadtrat an einer früheren Sitzung beantwortet wurden und sich die GPK selbst den Auftrag für weitere Abklärungen gegeben hatte. Der Antrag der GPK ist deshalb zu ändern, dass nur über die Kenntnisnahme des GPK-Berichtes abgestimmt wird.

://: Vom GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/191b nimmt der Rat mit 35 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung Kenntnis.

17 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Quartierförderung – Erhebung der Bedürfnisse; Bericht des Stadtrats zum Postulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion (Nr. 2011/192 – Nr. 2011/192a)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Walter Leimgruber (SP) nimmt als Postulant zum städträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/192a Stellung: Der Bericht gleicht wohl eher einer Interpellationsbeantwortung als einer Postulatsbeantwortung. Er möchte schon, dass sein Vorstoss auch vom Stadtrat etwas ernster genommen wird. Das Thema seines Vorstosses war auch nicht ein generelles Misstrauen gegenüber dem Stadtrat und seinen diesbezüglichen Aktivitäten. Vielmehr wollte er beispielsweise, dass sich die Bevölkerung vermehrt partizipieren kann und daraus beispielsweise eine höhere Stimmbeteiligung resultieren würde. Den Stadtrat sollte es schliesslich interessieren, was die Leute zum einen oder anderen Geschäft denken. Auch beim Stadtentwicklungsplan sind Ziele formuliert, welche unter Einbezug der Bevölkerung erreicht werden sollen. Auch die Einweihung des neuen Spielplatzes Brunnmatt von vergangener Woche war beispielsweise nur möglich, weil sich Teile der Bevölkerung engagiert hatten, und nicht deshalb, weil der Stadtrat die Sanierung beschlossen hatte. Auch früher hatte man mit Zufriedenheitsumfragen usw. den Puls der Bevölkerung gemessen und vermehrte diesbezügliche Aktivitäten durch den Stadtrat wurden mit seinem Postulat bezweckt. Der städträtliche Auftrag ist auch mit der Berichterstattung noch nicht erfüllt, weshalb sein Postulat Nr. 2011/192 noch nicht abgeschrieben werden soll.

Michael Bischof (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion könne mit dem Postulat nichts anfangen, da man für Eigeninitiative plädiert und nicht mit Umfragen weitere Wünsche und Begehrlichkeiten erheben möchte. Mit politischen Vorstössen, Initiativen, Sprechstunden beim Stadtpräsidium, Gesprächen mit Einwohnerratsmitgliedern etc. kann man sich mit Eigeninitiative für etwas einsetzen. So sind in der Vergangenheit das Quartierzentrum Fraumatt, der Spielplatz Brunnmatt, der Langhag-Spielplatz usw. dank initiativen Leuten und Bevölkerungsgruppen entstanden. Wenn Bedürfnisse vorliegen, sollen diese dann auch beurteilt und gegebenenfalls unterstützt werden. Seine Fraktion wird deshalb für eine Abschreibung des Postulates stimmen.

John Brunner (SVP) erklärt, man habe mit dem Stadtentwicklungsplan 2020 ein Planungsinstrument erhalten, welches auch wesentlich den Bedürfnissen der Quartiere Rechnung trägt. Es bedarf keinen weiteren teuren Bedürfnisabklärungen und Begehrlichkeitsstudien. Auch in Liestal soll das Prinzip der Hol- und auch Bringschulden weiterhin funktionieren. Seine Fraktion wird die städträtlichen Anträge unterstützen.

Elisabeth Spiess (GL) schliesst sich den Voten der Vorredner an. Der Stadtentwicklungsplan 2020 sollte genügen, zumal darin auch erkennbar ist, dass sich der Stadtrat der vermehrten Stärkung der Quartiere in Liestal bewusst ist. Richtig und wichtig ist, dass man die Schwerpunkte in den Quartieren im Auge behält. Liestal ist überschaubar und es ist begrüssenswert, dass die Projektziele der Stadtentwicklung in die Entwicklungspläne und Jahresprogramme 2013 – 2020 aufgenommen werden. Die Grüne Fraktion wird den städträtlichen Anträgen zustimmen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) erklärt, man habe in ihrer Fraktion die Stimmfreigabe bei diesem Geschäft beschlossen. Sie verstehe die Votanten mit unterschiedlichen Meinungen. Meinungsumfragen sind sicher kostspielig, könnten aber durch die Verwaltung selbst sicher günstiger gemacht werden. Eine solche Meinungsumfrage hätte sicher Sinn gemacht, bevor

der Stadtrat beispielsweise den Stadtentwicklungsplan 2013-2020 verabschiedet hatte. Zudem wäre dies auch eine Wertschätzung gegenüber der Bevölkerung gewesen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, man sollte bei der ganzen Debatte die bereits bestehenden Quartiervereine nicht ganz vergessen, die doch recht gut funktionieren.

Stadtrat Peter Rohrbach bezieht sich auf die Forderung des Postulanten und stellt fest, dass im Rat am heutigen Abend verschiedene Möglichkeiten und Lösungsvarianten aufgezeigt wurden, wie man politisch relevante Dinge auf den Tisch bringen kann. Und so können beispielsweise die Einwohner nach wie vor beim Stadtpräsidenten bei den wöchentlichen Sprechstunden ihre Anliegen vorbringen. Auch er selbst wird immer wieder von Leuten bei Fragen und Problemen angesprochen. Es gibt bereits heute unzählige Umfragen und schlussendlich kommt es oftmals schlussendlich anders als die Ergebnisse der Umfragen raus. Und schon alleine die Ausarbeitung eines Fragebogens für eine Umfrage kann schnell mal bis zu CHF 100'000.- kosten. Der Stadtverwalter hortet bereits eine Kiste mit Berichten, Umfragen, Studien, Konzepten etc., welche vom Stadtrat in Auftrag gegeben wurden. Es ist immer noch besser, gar keine Umfrage zu machen, als eine schlechte und unnütze Umfrage zu lancieren.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Über die beiden stadträtlichen Anträge wird einzeln abgestimmt.

://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/192a nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.

://: Mit grossem Mehr wird das Postulat Nr. 2011/192 als erfüllt abgeschrieben.

Mitteilungen des Ratsbüros - Fortsetzung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass er in der vorgängigen Pause daran erinnert wurde, den Rat noch über den Rücktritt von Ratsmitglied John Brunner (SVP) per 31. Dezember 2012 zu informieren.

Das Demissionsschreiben vom 15. August 2012 wird verlesen und dem zurücktretenden Ratskollegen bereits an dieser Stelle alles Gute für die Zukunft gewünscht.

Traktandenlisten – Änderung (Kommissionsbericht „Schulraumplanung“)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass Corinne Ruesch (GL) als Präsidentin der Spezialkommission Schulraumplanung den Antrag stellt, die Vorlage Nr. 2012/210a „Bericht betreffend Schulraumplanung der Stadt Liestal“ vorgängig der stadt-rätlichen Vorlage „Sanierung der Schulanlage Frenke/Primar“ (Nr. 2012/225) zu behandeln.

Er kann als Ratspräsident feststellen, dass über den Traktandenlistenänderungsantrag nicht abzustimmen ist, da aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet oder Einwände gemacht werden.

://: Die Traktandenlistenänderung wird gemäss Antrag von Corinne Ruesch (GL) und Entscheidung des Ratspräsidenten beschlossen.

18 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Fragestunde

1. Frage / Regula Nebiker (SP) – Geschwindigkeitskontrollen an Oristalstrasse

Die Oristalstrasse wird bekanntlich von sehr vielen Lastwagen befahren, dies steht in Zusammenhang mit den Baufirmen, die im Oristal angesiedelt sind. Leider fahren die Lastwagen oft wenig rücksichtsvoll und sehr schnell durch das bewohnte Gebiet der Oristalstrasse, was eine Gefahr für die ganze Wohnbevölkerung in diesem Gebiet darstellt. Kinder sind in dieser Situation besonders gefährdet. An der Arisdörferstrasse und an der Fraumattstrasse hat der Kanton an vergleichbaren Orten fixe Radarmessstationen aufgestellt, was dazu führt, dass die Autofahrer die Geschwindigkeitsbegrenzungen besser einhalten. Frage: Kann die Stadt beim Kanton die Errichtung eines solchen fixen Radarmessgeräts verlangen? Ist sie bereit, das zu tun?

Stadträtin Marion Schafroth: Von der Kantonspolizei werden regelmässig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt, so auch in der Oristalstrasse, wo Übertretungen von 2 – 5 Prozent registriert werden. Bei den letzten Messungen mussten keine groben Verstösse verzeichnet werden. Bei häufigeren Geschwindigkeitsübertretungen werden auch vermehrt Kontrollen durchgeführt. Die verkehrstechnische Abteilung der Kantonspolizei entscheidet über fixe sowie temporäre Radarkontrollen. Von den Gemeinden können keine Radarkontrollen verlangt werden.

2. Frage / Regula Nebiker (SP) – Tempo 30 im Gebiet der Grossmattstrasse

Vor ein paar Monaten wurde im Gebiet der Arisdörferstrasse Tempo 30 eingeführt. Nicht aber im Gebiet unterhalb der Arisdörferstrasse am äussersten Siedlungsrand, Grossmattstrasse, Hersbergerweg. Die Grossmattstrasse verfügt zudem über kein Trottoir. In diesem Gebiet wohnen Familien mit Kindern, die den Kindergarten besuchen. Diese hätten via Grossmattstrasse, Hersbergweg, Jurastrasse, Sonnmattweg einen sicheren Schulweg, wenn auch diese Strassen in der Tempo 30 Zone liegen würden. Frage: Warum wurde dieses Gebiet nicht in die Tempo 30 Zone integriert? Soll dies in absehbarer Zeit erfolgen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Man ist der Meinung, dass bis heute kein Bedürfnis für die Einführung von Tempo 30 in der Grossmattstrasse bestand, da es sich dort um eine Sackgasse mit keinerlei Durchgangsverkehr handelt. Man wird aber weitere Abklärungen treffen.

3. Frage / Elisabeth Spiess (GL) – Strassenbeleuchtung Tiergartenstrasse

Es wurde mehrfach an mich herangetragen, dass die Tiergartenstrasse, vor allem der untere Teil, schlecht beleuchtet sei und deshalb unheimlich und beängstigend, wenn man bei Dunkelheit vom Bahnhof aus oder in Richtung Bahnhof die Tiergartenstrasse benützen müsse. Die Strassenlampen leuchten ungenügend, sind teilweise von Baumästen verdeckt und die Abstände zwischen den einzelnen Strassenlampen sind zu weit. Ein gutes Beispiel für eine genügende Beleuchtung mit angemessenem Abstand zeigt sich bei der neuen Überbauung an der Burgunder-/Talackerstrasse. Frage: Plant der Stadtrat die Beleuchtung an der Tiergartenstrasse analog Burgunder-/Talackerstrasse zu verbessern? Wenn ja, bis wann darf damit gerechnet werden?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Lampe ist wegen einem privaten Bauvorhaben demontiert worden, wird in den nächsten Tagen jedoch wieder installiert. Abklärungen betreffend der grundsätzlichen Fragen werden noch getroffen, doch kann heute keine Terminangabe gemacht werden.

4. Frage / Walter Leimgruber (SP) - Unnötige Kindertransporte von Eltern

Es ist mir aufgefallen, dass es recht viele Primarschulkinder von Ihren Eltern mit dem Auto zum Schulhaus Frenkenbündten gefahren werden. Das ist unsinnig, ungesund und eine zusätzliche Gefährdung der Kinder, die zu Fuss zur Schule gehen. Frage: Ist das Problem der Schulleitung und den Lehrkräften bewusst? Was unternimmt die Schule, um diese Transporte zu unterbinden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Problem ist der Schulleitung bekannt. Diese legt bei der Einteilung der Schülerinnen und Schüler dem Einteilungsbrief das Merkblatt bzw. eine Elterninformation betr. Bewältigung des Schulweges bei. Die Eltern werden ermuntert, ihre Kinder auf dem Weg in die Selbständigkeit zu unterstützen und diese zu Fuss in die Schule zu schicken. Ebenfalls werden die Eltern auf das Pedibus-Angebot hingewiesen, bei welchem Kinder von einer erwachsenen Person auf dem Schulweg begleitet werden. Der Schülertransport der Kinder mit Autos kann aber nicht verboten werden.

5. Frage / Diego Stoll (SP) - Flohmarkt

Der Liestaler Flohmarkt findet seit geraumer Zeit auf dem Gestadeckplatz und somit ausserhalb des Zentrums statt. Inwiefern macht die Stadt Liestal auf diesen Anlass aufmerksam (Liestal aktuell, gut sichtbare Signalisierung etc.) und ist sie der Meinung, dass dies genügend ist? Kann sich der Stadtrat vorstellen, zukünftig den Flohmarkt wieder näher zum Zentrum zu verlagern (Zeughausplatz, Kanonengasse)?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Flohmärkte werden von der IG Flohmarkt und nicht von der Stadt organisiert. Auf Anfrage der IG hatte die Stadt Vorschläge bezüglich möglichen anderen Standorten unterbreitet, bis heute aber nichts mehr von der IG gehört. Bei künftigen weiteren Anfragen würden von der Marktkommission mögliche Lösungen gesucht. Die Stadt Liestal unterstützt die IG Flohmärkte mit Werbung im Liestal aktuell und im Veranstaltungskalender der Homepage. Alle weiteren Werbeaktionen sind Sache der Flohmarkt-Veranstalter.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Sitzbänke in Parkanlagen und auf Spielplätzen

Der Spielplatz im Mühlemattschulhaus ist öffentlich und wunderbar angelegt. Am Rande gegen die Strasse laden einige Sitzbänke zum Verweilen ein. Leider sind diese Sitzbänke sehr ungepflegt und schmutzig und gar nicht einladend, um sich zu setzen. Wer ist für die Pflege dieser Bänke in unseren öffentlichen Anlagen zuständig? Gib es da regelmässige Kontrollen?

Stadträtin Marion Schafroth: Für diesen Unterhalt zeichnen die Betriebe verantwortlich. Die Kontrolle der Sitzbänke muss besser werden. Für die Hälfte der Sitzbänke wurden bereits neue Belattungen angeschafft und mit der Montage sowie dem Austausch wird im Herbst begonnen. Die neue Belattung ist aus Kunststoff und sollte bezüglich dem Unterhalt und Lebensdauer besser als die bisherigen Holzplatten sein.

7. Frage / Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) – Parkplatzpolitik Kanton

Im Amtsblatt Nr. 23 vom 07.06.2012 wurde ein Baugesuch der Psychiatrie Baselland "Erweiterung Parkplatz", Parzellen Nr. 4168, 7348BR, Bientalstrasse, veröffentlicht. Ende Juli starteten die Bauarbeiten, es gibt offenbar rund 70 neue Parkplätze. Ein offener Brief der Quartierbewohner an den Direktor der Psychiatrie BL vom 05.08.2012 wurde eher nichtsagend beantwortet. Von der Zonenplanung her wäre aus kommunaler Sicht ein solcher Bau nicht erlaubt, das fragliche Areal liegt jedoch in einer "Zone für öffentliche Werke und Anlagen bestimmt für die Psychiatrische Klinik Hasenbühl". Dies entspricht einem kantonalen Nutzungsplan, dieser verdrängt den kommunalen Zonenplan. Rechtlich scheint es also ok zu sein. Gemäss der Direktion Psychiatrie BL würden "nur" 28 neue Parkplätze erstellt, die anderen 51 seien Ersatz für andernorts aufgehobene Parkplätze.

Frage 1: Welche 51 Parkplätze im Quartier Rösern werden genau aufgehoben?

Zudem stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Baus neuer Parkplätze. Einerseits fördert der Kanton den ÖV mit namhaften Finanzmitteln, andererseits unterstützt er gleichzeitig den motorisierten Individualverkehr MIV und konkurrenziert damit den ÖV ganz direkt. Der Fragesteller erachtet es für die Angestellten der Psychiatrie BL mit Standort Hasenbühl als zumutbar, ab dem ÖV-Knoten Liestal mit einem 10 - 15-minütigen Fussmarsch den Arbeitsort zu erreichen. Zudem steht der Bus 78 zur Verfügung.

Frage 2: Was unternimmt der Stadtrat gegen die unsinnige Parkplatzbauerei des Kantons?

Stadtrat Peter Rohrbach: Rechtlich ist alles in Ordnung und das Baugesuch bewilligt. Beim nächsten Treffen mit der Bau- und Umweltschutzdirektion wird der Stadtrat aber dieses Thema besprechen. Dieses Thema wird zudem auch beim neuen Postulat Nr. 2012/9 angesprochen.

8. Frage / Michael Bischof (FDP) – Tennisplätze im Gitterli

In der Juni-Sitzung wurde der Beitrag an das Clubhaus des Tennisclubs Gitterli gesprochen. Im Zusammenhang mit dem erst später annoncierten Ausbau der SBB-Geleise auf 4 Geleise plus Waldenburgerbahn stellt sich die Frage nach der Tangierung der Plätze des Tennisclubs. Frage: Wäre das Gelände des Tennisclubs von diesem Ausbau betroffen und könnte es sein, dass das Gelände entweder für den beidseitigen Ausbau der Geleise oder für Installationen benutzt werden müsste?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das Tennisclub-Areal ist gemäss heutigem Stand weder für den Bau des Vierspurausbaus noch für die Installationsplätze tangiert.

9. Frage / Erika Eichenberger (GL) - Velostreifen Tiergartenstrasse

Die Verkehrsdichte auf der Tiergartenstrasse hat seit dem Bau der neuen Strassen deutlich abgenommen. Gemäss der Antwort in der Fragestunde vom Januar 2012 von Ruedi Riesen werden vom Stadtbauamt bereits Abklärungen getroffen und geprüft, ob bei verschiedenen Einbahnstrassen der Veloverkehr im Gegenverkehr möglich ist.

Wie ist der Stand allgemein und insbesondere betreffend Tiergartenstrasse?

Stadtrat Peter Rohrbach: Für sämtliche Einbahnstrassen hat die Stadtverwaltung bei der Kantonspolizei die Bewilligung für den Velogegenverkehr beantragt. Die Bewilligung ist noch ausstehend. Sobald diese vorliegt, werden alle bewilligten Velogegenverkehrstafeln montiert. Dies erfolgt aller Voraussicht nach noch im Herbst 2012.

10. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) - Geschwindigkeitskontrollen

Autos, die bei Lüdin AG in die Begegnungszone abbiegen, fahren zeitweise in einem rasanten Tempo durch diese Zone hindurch. Anscheinend wurden Personen schon beinahe von Autos erfasst. Besonders gefährlich ist es an der Seestrasse. Dort kommen die Kindergärtler vom Schwieri-Quartier her und überqueren die Strasse.

Macht die Polizei in dieser Begegnungszone regelmässig Kontrollen?

Stadträtin Marion Schafroth: Ja, es werden Kontrollen durch die Kantonspolizei durchgeführt. Gemäss bisherigen Kontrollen sind rund 85 % bei der Seestrasse mit 24 Kmh oder weniger gefahren. Die Höchstgeschwindigkeit, welche nur einmal gemessen wurde, lag bei Tempo 49 Kmh. Auch hier gilt die Regel, dass wenn die Übertretungen zunehmen, die Radarkontrollen in kürzeren Intervallen durchgeführt werden. Auch die regelmässig aufgestellten Geschwindigkeitstafeln haben nebst der Sensibilisierung der Automobilisten den Vorteil, dass diese statistische Hinweise bezüglich der Anzahl Fahrzeuge und gefahrenen Geschwindigkeiten liefern. Als spezielle Aktion der Stadtpolizei wurden an zwei Tagen die Automobilisten angehalten und in einem kurzen Gespräch über das Fahrverhalten in der Begegnungszone aufgeklärt sowie Flyer abgegeben.

11. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Entfernung Sprayereien

An der Oristalstrasse, neben der Heilsarmee, befindet sich ein Lagergebäude vom Coop. Am Boden und an den Wänden des Gebäudes sind mehrere Hitler-Kreuze aufgemalt. Ebenfalls an den Wänden hat es Archery-Zeichen.

Wird sich der Stadtrat engagieren, dass diese Zeichen entfernt werden?

Stadträtin Marion Schafroth: Die erwähnte Liegenschaft ist im Privatbesitz. Grundsätzlich entscheidet der Eigentümer, ob er Verschmutzungen in Form von Sprayereien duldet oder nicht. Sind unter den Verschmutzungen rassistische, sexistische oder ähnliche Sprayereien dabei, die Passanten stören, ist ein Hinweis auf Entfernung von der Verwaltung angebracht.

12. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) - Waschbecken in Turnhalle Fraumatt

In der Turnhalle Fraumatt wurde das Untergeschoss saniert. Bei den vier Garderoben wurden alle Waschbecken entfernt und nicht mehr ersetzt. Wasser ist nach dem Turnen jedoch immer wichtig. Es hat zwar Duschen. Diese werden jedoch kaum benutzt.

Warum wurden die vier Waschbecken nicht mehr ersetzt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Es entspricht den neuen Standards, dass in Garderoben mit Duschen keine Waschbecken mehr angebracht werden. Waschbecken gibt es aber nach wie vor in den Toilettenanlagen.

13. Frage (mündlich) von Thomas Eugster (FDP) – Fussgängerstreifen Arisdörferstrasse

Vor gut einem halben Jahr hatten die Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Bereich Arisdörferstrasse, Rankweg, Leisenberg, Rotfluhstrasse und Hurlistrasse Unterschriften für einen zusätzlichen Fussgängerstreifen im Bereich der Bushaltestellen und für eine Lichtsignalanlage beim Arisdörfer-Kindergarten gesammelt. Wie ist der Stand der Dinge?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das Stadtbauamt hat die Stellungnahme der Polizei BL am 30. Juli 2012 erhalten und diese anschliessend an die Hauptpetitionärin weitergeleitet. Gemäss Kantonspolizei können bei solch einem geringen Verkehrsaufwand nicht solche Massnahmen ergriffen werden. Gefährlich kann es auch sein, weil Fussgängerstreifen eine Sicherheit suggerieren, welche aber gar nicht gegeben ist.

19 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Schulraumplanung der Stadt Liestal – Bericht Spezialkommission (Nr. 2012/210 – Nr. 2012/210a)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro ist der Meinung, dass die Spezialkommission mit der Berichterstattung die Aufgabe des ihr zugewiesenen Geschäfts mit Unterbreitung der Vorlage Nr. 2012/210a erfüllt hat und somit aufgelöst werden kann. Entgegen den Empfehlungen der Spezialkommission soll diese ohne Aufträge des Rates nicht auf Abruf erhalten bleiben. Das Büro stellt den Antrag, dass die Spezialkommission gemäss § 27 Abs. 4 des ER-Geschäftsreglementes aufgelöst werden soll.

Corinne Ruesch (GL) stellt als Präsidentin der Spezialkommission den Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/210a vor: Die Kommission konnte ihre Arbeit leider nicht wie geplant vor den Sommerferien in Angriff nehmen, doch brachte dies den Vorteil mit sich, dass bei der Kommissionsberatung bereits die neuen Stadtratsmitglieder involviert waren.

Bei der Schulraumplanung sind diverse Einflussfaktoren erwähnenswert. Bei den Schülerzahlen hat man es mit unsicheren Prognosen zu tun, können doch Quartierentwicklungen, Generationenwechsel, Geburten, Zu- und Wegzüge etc. nur beschränkt vorausgesehen werden. Das in der Vorlage vorgestellte Instrument hilft aber, um fundierte Prognosen schaffen zu können. Doch kann auch damit nicht gesagt werden, wo und wie viele Klassen es braucht. Man muss deshalb wissen und sich bewusst sein, dass plötzlich Bedürfnisse für zusätzliche Schulräume angemeldet werden könnten, welche nicht voraussehbar waren. Der Kommission war es deshalb wichtig, dass man nicht bereits bei der Planung mit Notlösungen arbeitet. Ein weiterer Einfluss hat der bereits vorhandene Schulraum in Schulhäusern von verschiedenen Grössen, welche in fünf verschiedenen Quartieren liegen. Diese Gegebenheiten können nicht einfach umgekrempelt werden. Als letzter wichtiger Einflussfaktor sind die vorhandenen Zielvorstellungen erwähnt, welche auch in der Kommission diskutiert wurden. So hängt beispielsweise die Raumgrösse von den Aufgaben der Schule ab, wobei sich diese Aufgaben in den letzten Jahren sehr stark verändert haben. So benötigen beispielsweise integrative Schulungsformen usw. mehr Platz als andere Klassenräume. Auch für das neue Angebot an Tagesstrukturen ist zusätzlicher Platz und Raum nötig. Gleich geblieben ist die maximale Richtzahl einer Klassengrösse von 26 Kinder und in Liestal werden neue bzw. fremdsprachige Kinder nach wie vor nicht doppelt gezählt, obwohl dies gemäss Bildungsgesetz möglich wäre. Die Kommission ist der Meinung, dass der Raumbedarf für die Primarschule Liestal gemäss Tabelle auf Seite 4 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/210 mehr als gerechtfertigt ist und sich diese Zahlen eher an der Minimumsgrenze bewegen. Die vier Empfehlungen sowie der Antrag der Spezialkommission Schulraumplanung sind auf den Seiten 4 und 5 des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2012/210a beschrieben und definiert. In den Empfehlungen an den Einwohnerrat schlägt die Kommission vor, dass diese noch nicht aufgelöst werden soll und diese die Schulraumplanung weiterhin begleiten soll. Das bisher angeeignete Wissen soll von der heutigen Kommission weiterhin genutzt werden und die Spezialkommission Schulraumplanung deshalb noch nicht aufgelöst werden.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion die Schulraumplanung grundsätzlich in Ordnung finde. Positiv und erwähnenswert ist, dass von der Lehrerschaft kein Wunschkonzert bezüglich Begehrlichkeiten sowie Sonderwünschen veranstaltet wurde. Bekräftigen möchte seine Fraktion die Aussage, dass die Geburten- bzw. erwarteten Schülerzahlen jährlich überprüft werden, damit man betreffend dem Bedarf an Schulraum nicht überrumpelt wird und den Vorlauf von vier Jahren für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum nutzen kann. Die Beibehaltung der Spezialkommission Schulraumplanung macht durchaus Sinn, könnte diese doch beispielsweise allfällige Massnahmen im Zusammenhang mit der Beratung des Entwicklungsplanes prüfen. Diese sollte aber nur bei Bedarf einberufen werden.

Marianne Quensel (SP) sagt, auch die SP-Fraktion befürworte den Kommissionsbericht mit den Empfehlungen und Anträgen. Ihre Fraktion könnte auch mit einer Kommissionslösung leben, persönlich würde sie es aber begrüßen, wenn man das angeeignete Fachwissen der Kommission nicht ganz aus den Augen verlieren würde.

Pascal Porchet (FDP) dankt dem Stadtrat für die weitsichtige Planung. Es ist wichtig, dass die Spezialkommission bestehen bleibt. Im Dezember 2011 ist eine Arbeitsgruppe, in welcher unter anderem auch alle Fraktionen vertreten sind, vom Stadtbauamt über die Stossrichtung und das weitere Vorgehen informiert worden. Alt-Stadtrat Ruedi Riesen hatte damals die Aussage gemacht, dass mittelfristig 67 Mio. Franken an Investitionen im Schulbereich für die nächsten 15 – 20 Jahre auf die Stadt Liestal zukommen sollen. Und bei diesem Investitionsvolumen ist es wichtig und wertvoll, dass die Stadt auch permanent Ansprechpartner hat, welche beispielsweise einmal jährlich zur Beratung beigezogen werden können. Die diesbezügliche Dynamik in der Bevölkerung ist gross und die Schulraumplanung läuft permanent, weshalb die Spezialkommission noch nicht aufgelöst werden soll. Richtig ist auch der eingeschlagene Weg, dass bei den bestehenden Schulbauten keine Volumenvergrößerung angestrebt, sondern mit einer dynamischen Schulraumplanung der Bedarf abgedeckt werden soll.

Erika Eichenberger (GL) hält fest, dass auch ihre Fraktion der Meinung ist, dass die Spezialkommission weiterhin bestehen und diese die rollende Planung künftig begleiten soll. Mit der Harmonisierung bzw. dem Ausbau der Primarschule ist zusätzlicher Schulraum zu schaffen. Die Einführung von Tagesstrukturen wird sich in den nächsten Jahren etablieren, wobei die diesbezüglich angestellten Berechnungen von ihr teilweise in Frage gestellt werden. Die Schulraumgrößen sind gut bemessen, wobei die Räumlichkeiten für die Lehrpersonen zu knapp bemessen sein dürften, nimmt doch die Anzahl an Lehrkräften zu. Im Rotackerschulhaus sollen alle Schulküchen wegfallen und teilweise fehlen auch Werkstätten, womit auch lebenspraktische Dinge weniger oder gar nicht mehr vermittelt werden können, was sie ausserordentlich bedauert.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, dass bereits bei der letzten Revision des Geschäftsreglementes im Jahre 2010 die Bildung einer Kommission Bildung/Soziales/Kultur ein Thema war. Dieser hätten dann auch Vorlagen im Zusammenhang mit der Bildung zur Vorberatung überwiesen werden können. Im Moment gibt es keinen Grund, die Spezialkommission Schulraumplanung aufrecht zu erhalten, doch mit der anstehenden Revision des Geschäftsreglementes sollte aber die Bildung einer ständigen Kommission Bildung/ Soziales/Kultur wieder thematisiert werden.

Michael Bischof (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion spricht sich für eine Auflösung der Spezialkommission Schulraumplanung aus. Der Kommission ist die Schulraumplanungsvorlage überwiesen worden und diese kann nach Erfüllung des erteilten Auftrages auch aufgelöst werden. Auch seine Fraktion möchte nicht, dass sich diese Kommission noch mit anderen schulischen Fragen, mit der Einführung von Tagesstrukturen usw. beschäftigt. Sollte die Auflösung dieser Kommission nicht beschlossen werden, würde er sich vehement dagegen wehren, weitere Vorlagen an diese Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Denn sollte tatsächlich eine Kommission gebildet werden, wie sie vom SP-Fraktionspräsidenten vorgängig erwähnt wurde, dann müsste diese gemäss Usanz analog den übrigen Kommissionen gebildet werden.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) hält fest, ihre Fraktion nehme zustimmend Kenntnis vom Bericht. Die Kommission soll vorläufig beibehalten werden, bis dass eine neue Kommission Bildung/Kultur/Soziales gebildet und gewählt ist.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die mehrheitlich positiven und konstruktiven Stellungen der Fraktions- und Einzelsprecher. Auch er findet es wichtig, dass der Einwohnerrat mit dem Thema Schulraumplanung vertraut wird, denn aus diesem Bericht werden nun einige kostenrelevante Vorlagen entstehen. Wichtig ist es auch, dass man sich auf einige Eckwerte gemäss Aufzählung der Kommissionspräsidentin einigen konnte und somit auch ein HARMOS-konformer Schulunterricht in Liestal möglich sein wird. Im Zusammenhang mit den Raumgrössen muss auch bei den Räumen für die Lehrkräfte auf die Flexibilität der Lehrerschaft gezählt werden können. Im Fraumatt-Schulhaus ist es im Moment wegen fehlender Fluchtwege nicht möglich, mit mehr als einer Klasse die Turnhalle zu belegen und Veranstaltungen durchzuführen. Schulraumprovisorien werden vom Stadtrat und auch von den Schulleitungen nicht angestrebt, doch werden diese teilweise kaum vermeidbar sein. Das Kapitel Schulraumplanung wird im Entwicklungsplan eingebaut und er würde es deshalb auch begrüssen, wenn sich eine einwohnerrätliche Kommission speziell mit diesem Thema befassen könnte. Die vorläufige Beibehaltung der Spezialkommission würde auch seinerseits begrüsst.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Gemäss § 27 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes kann der Rat entscheiden, ob er die Spezialkommission heute auflösen möchte oder nicht.

://: Vom Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2012/210a nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.

://: Mit 18 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen wird der Antrag des Büros für die Auflösung der Spezialkommission Schulraumplanung abgelehnt.

20 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Sanierung Schulanlage Frenke/Primar; Planungskredit von CHF 430'000 – Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2012/210, Nr. 2012/210a)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Den Ratsmitgliedern ist am 27.08.2012 der rektifizierte BPK-Bericht mit E-Mail des Ratschreibers zur Kenntnis gebracht und die rektifizierte Vorlage Nr. 2012/225a den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung noch als Tischpapier verteilt worden.

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Vizepräsident den Kommissionsbericht vor: Bei der Vorlage bzw. dem beantragten Planungskredit handelt es sich um einen eigentlichen Startschuss betreffend den umfangreichen Schulanlagen-Sanierungsarbeiten. Und weil sich die BPK der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Geschäftes bewusst ist, wurde dieses auch während den Sommerferien behandelt, wofür er an dieser Stelle der Kommission nochmals danken möchte. Von der BPK sind Themenschwerpunkte wie die Priorisierung der anstehenden Sanierungsarbeiten bei den Schulanlagen, die Überprüfung des Planungskredit-Umfanges, die Durchleuchtung der Vergabekriterien für die Planungsarbeiten und die Überprüfung der räumlichen Anforderungen aufgrund der neuen Schulraumplanung behandelt worden. Die wichtigsten Punkte der Kommissionsabklärungen sind im vorliegenden Bericht erwähnt und werden an dieser Stelle nicht wiederholt. Aufgrund der Tatsache, dass die Schulanlage Frenke der grösste Energieverbraucher der Stadt Liestal ist, hatte die BPK auch ein spezielles Augenmerk auf Energiesparmassnahmen und die Energieeffizienz gelegt. Daraus resultierte auch die erste Empfehlung, dass bei der Fassade und dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert würde. Dieses Projekt könnte ja auch von einem externen Investor und nicht zwingend von der Stadt selbst finanziert werden. Gemäss zweiter Empfehlung möchte die BPK wissen, wie hoch die Mehrkosten für eine Sanierung nach Minergie P-Standard bzw. wie hoch die Energieeinsparungen sein dürften. Diese beiden Vorschläge bzw. Anträge der BPK mussten von der BPK gemäss Auslegung des Gemeindegesetzes in Empfehlungen umgewandelt werden. Künftig soll die Rechtslage betreffend Zusatzanträgen der Kommissionen zu stadträtlichen Vorlagen bereinigt werden. Von Stadtrat Peter Rohrbach ist zugesichert worden, dass der Stadtrat und das Stadtbauamt die beiden BPK-Empfehlungen prüfen wird. Dem Rat wird die Genehmigung des beantragten Planungskredites empfohlen.

Matthias Zimmermann (SP) gibt bekannt, dass seine Fraktion den Antrag sowie die Empfehlungen der BPK unterstützt. Die Umformulierung der ursprünglichen Anträge in Empfehlungen gemäss Anraten des Stadtverwalters habe er anfänglich als übertriebenen Formalismus empfunden. Es ist deshalb auch richtig, dass der Rat bei weiteren Vorlagen nicht nur Empfehlungen abgeben kann, sondern auch gewisse Bedingungen stellen und rechtsgültig auch verlangen bzw. beantragen kann.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, mit dem vorliegenden Geschäft wird ein grosses und wichtiges Kapitel eingeläutet, werden doch in den nächsten Jahren mehrere Millionen in die Schulanlagensanierung investiert. Der Nutzungshorizont beträgt sicher 30 und mehr Jahre und darum sind auch die damaligen Betriebskosten für Heizung zu Strom zu berücksichtigen. Bei einer Minergie P-Sanierung bei der Schulanlage Frenke würden anstatt 140'000 Liter nur noch 25'000 Liter Heizöl pro Jahr verbraucht, womit rund 200'000 Franken pro Jahr eingespart werden könnten. Mit diesen Kosteneinsparungen liessen sich Energiesparmassnahmen von rund 4 Mio. Franken rechtfertigen. Auch will Liestal weiterhin einen guten Ruf bezüglich seiner Schulen haben und dazu gehört auch eine gute Infrastruktur, indem beispielsweise an heissen Tagen die Raumtemperaturen erträglich ist.

Mit einer Sanierung nach Minergie P-Standard bzw. Kälterückgewinnung usw. wäre dies auch möglich. Erfreulicherweise sind die beiden BPK-Empfehlungen von der Kommission auch einstimmig gutgeheissen worden. Damit werden die Massstäbe für die weiteren anstehenden Sanierungen gesetzt, wie Liestal sein Energiestadt-Label konsequent umsetzen wird. Seine Fraktion möchte dem Stadtrat den Rücken stärken bei der Umsetzung der Energiesparmotion bzw. den beiden BPK-Empfehlungen, weshalb zwei Zusatzanträge gestellt werden, welche schriftlich festgehalten und beim Ratspräsidium deponiert werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass in ihrer Fraktion darüber diskutiert wurde, ob ein Abriss und Neubau der Schulanlage nicht besser und/oder günstiger als eine Sanierung wäre. Wie viel würde bspw. ein Kubikmeter sanierter Schulraum und wie viel ein Kubikmeter neuer Schulraum kosten? Sanierungen bringen immer Überraschungen und Mehrkosten mit sich, welche wohl kaum alle bei der Stratus-Analyse erfasst werden konnten. Sind in den Sanierungskosten von 6 – 7 Mio. Franken auch die planerischen Leistungen von rund 1,6 Mio. Franken eingeschlossen? Eine Mehrheit ihrer Fraktion wird dem Planungskredit zustimmen.

Paul Pfaff (SVP) erklärt, seine Fraktion wird dem Planungskredit zustimmen. Bei den weiteren Abklärungen sollte aber vielleicht geprüft werden, ob bei der Schulanlage Frenke nicht ein zusätzliches Stockwerk gebaut werden müsste, sollte zu wenig Schulraum vorhanden sein.

Pascal Porchet (FDP) informiert, auch die FDP-Fraktion wird dem beantragten Planungskredit zustimmen. Unabhängig davon, ob der Rat heute den BPK-Empfehlungen oder den vorgängig erwähnten Anträgen zustimmen wird, ist es wichtig, dass die Mehrkosten in einem detaillierten Kostenvoranschlag gesondert aufgeführt werden. Der Kanton Basel-Landschaft verfügt über eines der schärfsten Energiegesetze, doch wenn man nach normalen Energiestandards baut, werden rund 95 – 98 % dieser Energievorschriften eingehalten. Seine Fraktion unterstützt die formulierten BPK-Empfehlungen, möchte aber das Delta bzw. die detaillierten Kostenvorschläge sehen, bevor man zur gegebenen Zeit über den Baukredit beraten und beschliessen wird.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass für den Planungskredit nicht die Stratus-Analyse, sondern eine Gebäudezustandsanalyse diene. So stellte man unter anderem fest, dass der Rohbau der Schulanlage Frenke in einem sehr guten Zustand ist und eine Sanierung deshalb Sinn macht. Ein Abriss und Neubau der Schulanlage dürfte gemäss grober Schätzung rund 3 x teurer werden. Betreffend der Diskussion um Empfehlungen bzw. Anträge möchte er festhalten, dass juristische Beurteilungen nicht emotionalisiert werden sollten, zumal die ganze Problematik auf eine kantonale Gesetzgebung zurückzuführen ist. Die BPK-Empfehlungen werden vom Stadtrat als Postulat verstanden und deshalb auch geprüft.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, er sei unsicher bezüglich den unterbreiteten und formulierten Anträgen der Grünen Fraktion, da diese inhaltlich nicht ganz identisch mit den BPK-Empfehlungen sind.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, er habe die beiden Zusatzanträge bereits mit Stadtpräsident Lukas Ott abgeglichen. Dieser habe ihm bestätigt, dass die beiden Anträge so gestellt werden können, da diese Postulatscharakter haben und den gleichen Sinn und Zweck wie die beiden BPK-Empfehlungen haben.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Er wird die beiden Anträge verlesen und dann darüber einzeln abstimmen lassen. Im Anschluss daran wird er über den BPK-Bericht bzw. den Kommissionsantrag abstimmen lassen.

Zusatzantrag 1 - Verwendung von Flächen für Energiegewinnung: Der Stadtrat wird eingeladen, in den Ausschreibungsunterlagen für das Vorprojekt und das Bauprojekt zur Sanierung der SA Frenke/Primar zusätzlich die Anforderung aufzunehmen, dass die Fassade und das Dach optional zur Energiegewinnung durch Photovoltaik verwendet werden kann. Allfällige bauliche Mehrkosten für diese Option sollen im detaillierten Kostenvoranschlag gesondert geführt werden.

Michael Bischof (FDP) verwirrt dieser Antrag. Der Einwohnerrat ist doch der Gemeindeversammlung gleichgestellt und da man an einer Gemeindeversammlung Anträge stellen kann, sollte diese doch im Einwohnerrat auch möglich sein. Der Gebrauch bzw. die Zulässigkeit von Empfehlungen bzw. Anträgen mit dem mehr oder weniger gleichen Inhalt wird zur Farce. Als Einwohnerrat möchte er Anträge stellen können und über solche auch abstimmen dürfen.

Markus Meyer (SVP) hält fest, dass der Einwohnerrat wohl über Anträge abstimmen kann, sind diese aber nicht gesetzeskonform und/der zulässig, haben diese keinen verbindlichen Charakter. Er empfiehlt, dass die heute beiden Anträge zurückgezogen werden, sonst dürfte die Verwirrung nur noch grösser werden. Nach der stadträtlichen Zusage, dass dieser den BPK-Empfehlungen folgen wird, machen diese beiden Zusatzanträge auch wenig Sinn.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass die beiden Anträge nicht zurückgezogen werden.

://: Mit 26 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem 1. Zusatzantrag der Grünen Fraktion zugestimmt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verliest den Zusatzantrag 2 – Sanierung nach optimalem Minergie P-Standard: Der Stadtrat wird eingeladen, in den Ausschreibungsunterlagen für das Vorprojekt und das Bauprojekt zur Sanierung der SA Frenke/Primar zusätzlich die Anforderung aufzunehmen, dass das Gebäude optional nach Minergie-P-Standard saniert werden soll (die kantonalen Vorschriften schreiben „nur“ Minergie vor). Die baulichen und betrieblichen Mehrkosten sowie die zu erwartenden Energieeinsparungen für diese Option sollen im detaillierten Kostenvoranschlag gesondert aufgeführt werden.

://: Mit 26 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem 2. Zusatzantrag der Grünen Fraktion zugestimmt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass keine Wortbegehren betreffend dem BPK-Antrag angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2012/225a zu und genehmigt den Planungskredit für das Vorprojekt und das Bauprojekt mit dem detaillierten Kostenvoranschlag in der Höhe von CHF 430'000.- zur Sanierung der Schulanlage Frenke/Primar.

Stadtrat Peter Rohrbach weiss noch nicht, ob mit den genehmigten zwei Zusatzanträgen bzw. den nun zusätzlich notwendigen Abklärungen der bewilligte Planungskredit von CHF 430'000.— ausreichen wird.

Traktandenlisten – Änderung (Verbund RFS und ZS „Ergolz“)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass er soeben von Stadträtin Marion Schafroth gebeten wurde, wegen der Dringlichkeit die Vorlage Nr. 2012/8 „Verbund eines gemeinsamen Regionalen Führungsstabes (RFS) und Zivilschutzes (ZS) Ergolz“ unbedingt noch an der heutigen Ratssitzung zu behandeln.

Er kann als Ratspräsident nach erfolgter Umfrage feststellen, dass über den Traktandenlistenänderungsantrag nicht abzustimmen ist, da aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet oder Einwände gemacht werden.

://: Die Traktandenlistenänderung wird gemäss Wunsch von Stadträtin Marion Schafroth sowie Entscheid von Ratspräsident Gerhard Schafroth beschlossen.

21 0.01.011.01 Einwohnerrat

**13. Verbund eines gemeinsamen Regionalen Führungsstab (RFS)
und Zivilschutzes (ZS) „Ergolz“ – Nr. 2012/8**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro stellt Antrag, dass die stadträtliche Vorlage an die einwohnerrätliche Kommission GOR (Gemeindeordnung und Reglemente) überwiesen wird.

Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb nur dazu äussern, ob sie die Vorlage direkt beraten oder gegebenenfalls an die GOR zur Vorberatung überweisen möchten.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, seine Fraktion wird dem Antrag des Ratsbüros zustimmen. Auch könnte sich seine Fraktion vorstellen, dass sich bei der Verbundlösung in einem späteren Zeitpunkt noch andere Gemeinden anschliessen würden.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, auch ihre Fraktion unterstütze den Antrag für eine Vorberatung durch die GOR.

Patrick Mägli (SP) meint, die Zivilschutzorganisation Liestal habe eine schwierige Zeit mit verschiedenen Personalwechslern im Kommando und in der Verwaltung hinter sich. Die Überweisung der stadträtlichen Vorlage wird auch von der SP-Fraktion unterstützt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Büros zu, weshalb die stadträtliche Vorlage an die GOR zur Vorberatung überwiesen wird.

Traktandenliste / Sitzungsdauer

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) macht die Umfrage, ob man noch weitere traktandierte Geschäfte an der heutigen Sitzung behandeln soll oder ob gegebenenfalls die Schliessung der Sitzung gewünscht wird.

Jürg Holinger (GL) sieht keinen Grund, dass man um 20.00 Uhr die heutige Ratssitzung schliessen sollte. Es wird wohl an jedem Mittwoch und Sitzungstag ein Anlass stattfinden, nach welchem sich der Rat richten könnte. Er meint, die verbleibenden Geschäfte könnten durchaus noch heute behandelt werden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass die übrigen Geschäfte auch noch heute behandelt werden sollen.

22 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Bericht Stadtrat zur Interpellation „Verschnaufpause bei den Tiefbauarbeiten im Zentrum“ von Michael Bischof (FDP-Fraktion), Beat Gränicher (SVP-Fraktion), Hanspeter Meyer (SVP-Fraktion) und Martin Spiess (FDP-Fraktion) – Nr. 2012/228

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Michael Bischof, FDP
Beat Gränicher, SVP
Hanspeter Meyer, SVP
Martin Spiess, FDP*

Interpellation

Verschnaufpause bei den Tiefbauarbeiten im Zentrum

Die Sanierungsarbeiten am Zeughausplatz (Höhe Milchhüsli) und in der Amtshausgasse sind geplant für Frühling/Sommer 2013. Wiederum wird während Monaten gebaut und wiederum werden die gleichen KMU-Betriebe darunter leiden, weil der Zugang (auch für Fussgänger und Velofahrer) und die Zufahrt zu den Geschäften mit Sperrungen und Umleitungen behindert wird. Auswärtige meiden darum nachgewiesenermassen das Einkaufszentrum Liestal.

Trotzdem sich diese KMU's bewusst sind, dass die Tiefbau-Arbeiten nötig sind, brauchen sie eine Phase der „Erholung“. Seit mehr als 3 Jahren sind sie massiv belastet. Mindestens ein Jahr der Ruhe vor weiteren Bauarbeiten wird von den Meisten sehr begrüsst. Damit können während dieser Zeit auch auswärtige Kundinnen und Kunden wieder ungehindert die Geschäftslokalitäten anfahren und aufsuchen.

Ist der Stadtrat bereit, die nächste Etappe der anstehenden Tiefbauarbeiten um mindestens ein Jahr zu verschieben ?

Michael Bischof, FDP

Beat Gränicher, SVP

Hanspeter Meyer, SVP

Martin Spiess, FDP

Liestal, 14.6.2012

* * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, der Stadtrat sei bereit, dass die nächste Etappe der anstehenden Tiefbauarbeiten um mindestens ein Jahr verschoben wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bittet die Interpellanten sich dazu zu äussern, ob sie von der stadträtlichen Antwort befriedigt sind oder nicht und ob sie die Diskussion wünschen.

Michael Bischof (FDP) dankt als Interpellant für das Entgegenkommen und die stadträtliche Zusicherung. Verschiedene KMU-Betriebe im Stedtli und insbesondere diejenigen an der Kanonengasse leiden seit drei Jahren extrem unter Umsatzeinbussen. Erfreulich ist, dass die Büchelistrasse bald wieder offen ist und in Kürze auch das Manor-Parkhaus zumindest teilweise genutzt werden kann.

Hanspeter Meyer (SVP) hält als Mitunterzeichner des Vorstosses fest, dass die Stadt Liestal bei künftigen Baustellen halt vielleicht auch einmal mit dem Bonus-Malus-System arbeiten sollte, damit die Bauarbeiten schnell und effizient ausgeführt werden.

Matthias Zimmermann (SP) unterstützt die Verschaufspause, da diese nicht nur für die bestehenden KMU-Geschäfte im Stedli, sondern auch dem neuen Manor willkommen sein wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/227.

23 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Abfallreglement – Änderung betreffend Grüngut (Nr. 2012/3)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro stellt Antrag, dass die stadträtliche Vorlage an der heutigen Sitzung direkt beraten wird.

Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb nur dazu äussern, ob sie die Vorlage direkt beraten oder gegebenenfalls an eine Kommission zur Vorberatung überweisen möchten.

Corinne Ruesch (GL) schlägt vor, dass die stadträtliche Vorlage an die GOR zur Vorberatung überwiesen wird. Es ist nicht klar, ob gemäss § 7 Abs. 1 eine Quersubventionierung noch möglich sein wird oder ob jeder einzelne Bereich kostendeckend sein muss. § 14 ist auch umfangreich formuliert und es ist beispielsweise nicht ganz klar, ob die Bio-Klappen den Kleinmengen zugeordnet werden oder nicht. Fundierte Abklärungen durch eine Kommission machen Sinn.

Enrico Kiefer (FDP) schliesst sich der Vorrednerin an, da auch in seiner Fraktion verschiedene Unsicherheiten im Zusammenhang mit den neuen reglementarischen Bestimmungen aufgetaucht sind.

Patrick Mägli (SP) hält fest, auch seine Fraktion stimme unterstütze die Überweisung der Vorlage an die GOR.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) teilt mit, ihre Fraktion ist für eine Direktberatung kann sich aber mit einer Kommissionsberatung auch abfinden.

Markus Meyer (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion stimme einer Überweisung an die GOR zu.

://: Mit grossem Mehr überweist der Rat die Vorlage an die GOR zur Vorberatung

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann